



Liebe Leserinnen
und Leser,

die beste Basis für soziale Sicherheit ist eine gute Bildung als Grundlage für gute Arbeit.

Für uns in Berlin heißt das schon lange kostenlose Bildung von der Kita bis zur Uni. Es ist gut, dass dies jetzt auch auf Bundesebene so gesehen wird. Martin Schulz will dafür sorgen, dass der Bund zukünftig mehr in gute und kostenlose Bildung investieren kann.

Weil zu guter Bildung auch Klassenräume gehören, in denen man gerne lernt, werden wir in den kommenden zehn Jahren nach und nach alle Berliner Schulen sanieren und die benötigten neuen Schulen für die wachsende Stadt bauen.

Außerdem setzt sich die SPD in den laufenden Haushaltsberatungen für die Jahre 2018/2019 dafür ein, durch die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit weiter alle Eltern finanziell zu entlasten. Dieser Senat macht Politik für alle Berlinerinnen und Berliner. Das haben wir versprochen. Das halten wir.

Ihr
Michael Müller
Regierender Bürgermeister



Matthias Schmidt, Mitglied des Deutschen Bundestages, vor dem Modell der Altstadt Köpenick

Matthias Schmidt: Treptow-Köpenick muss im Deutschen Bundestag bleiben!

„Den kenne ich: das ist doch der mit dem Strandbad.“

Die Sanierung des Müggelseebades ist nur eines der Projekte, für die sich Matthias Schmidt in dieser Legislaturperiode eingesetzt hat. Acht Mio. Euro stehen dank seiner Initiative für die Sanierung zur Verfügung. Und jetzt geht es auch endlich los.

Damit nicht genug: Auch die VHS Baumschulenweg, die Alexander-von-Humboldt-Schule und das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit können dank seiner Arbeit von Bundesmitteln profitieren. „Gern hätte ich aus dem Denkmalschutz-Etat des Bundes auch noch Sanierungsmittel

für die Regattatribünen beschafft, aber ich bin ja nicht der einzige Abgeordnete mit Sanierungsbedürftigen Objekten in seinem Wahlkreis“, bedauert Matthias Schmidt, gleichwohl stolz, dass er in seiner ersten Amtszeit über 20 Mio. Euro für den Bezirk gewinnen konnte.

„Den kenne ich ... In echt. Nicht nur von den Plakaten“, hören die vielen wahlkämpfenden Genossen und Genossen an Infoständen, beim Plakatieren und bei Wahlkampfkampagnen. Kein Wunder, hat Matthias Schmidt doch seit 2013 tausende Bürgerinnen und Bürger des Bezirks persönlich getroffen. Sie erinnern sich gern, würdigen sein offenes Ohr,

sein Engagement, aber auch seine deutlichen Worte, z.B. in der Debatte um Asyl für geflüchtete Menschen: „Wir müssen Zuwanderung über ein Einwanderungsgesetz regeln, aber jeder Mensch verdient ein Dach über dem Kopf und ein faires Verfahren“, tritt er Forderungen nach Obergrenzen und Grenzsicherungen entgegen. Einen Namen machte sich Matthias Schmidt mit seinem Einsatz für die Angleichung der Ost-West-Rente. Altern in Würde, so fasst er sein Engagement für die Lebensälteren zusammen. Die größten Herausforderungen der vergangenen vier Jahre betrafen die Fragen der inneren Sicherheit: Stärkung von Polizei

und Sicherheitskräften und Schutz vor Terror - nicht selten schwere Gewissensfragen. Am höchsten schlage sein Herz jedoch für den Sport, bekennt der kompetente Innenpolitiker. Der Sportausschuss befasst sich vor allem mit dem Spitzensport. Darüber hinaus ist es Matthias Schmidt gelungen den Sport für Menschen mit Behinderungen im Bundeshaushalt besser auszustatten. Der Breitensport ist eine kommunale Aufgabe. „Aber die Kommunen sind nicht mehr allein in der Lage ihre Sportstätten zu sanieren. Da muss der Bund ran“, fordert er und setzt das Thema ganz oben auf seine persönliche Agen-

da. Matthias Schmidt macht Haustürbesuche, „nicht nur im Wahlkampf“, betont er „aber jetzt natürlich vermehrt“. Knapp 10.000 Haustürbesuche ergibt seine bisherige Bilanz. Dabei geht er seit Jahren nach bewährtem Muster vor. Wenige Tage vorher kündigt er seinen Besuch an, denn nicht jeder öffnet fremden Menschen die Tür. Fremd ist er inzwischen jedoch fast niemandem mehr. Er hält jedoch an den Ankündigungen fest, auch wenn sie ihm und den ehrenamtlichen Wahlkämpfern viel zusätzliche Arbeit machen. Ein kurzes Gespräch an der Haustür, mehr nicht, denn auch die Nachbarn warten.

IN DIESER AUSGABE

INVESTITIONEN FÜR ZUKÜNFTIGEN WOHLSTAND

Den Investitionsstau trotz Haushaltskonsolidierung auflösen

Seite 2

BEZIRKSHAUSHALT 2018/2019

Wohin mit dem Geld?

Seite 7

VERUNSICHERUNG AM MÜGGELSEE

Dialog des Bezirksbürgermeisters Oliver Igel mit den Betroffenen

Seite 8

Studieren, Arbeiten, Wohnen: Tegel – ein Zuhause für morgen



**Montag
11.09.2017
18.30 Uhr
Urania**

An der Urania 17
10787 Berlin
U Wittenbergplatz

Eine Diskussion mit:

Michael Müller · Regierender Bürgermeister
und Landesvorsitzender der SPD Berlin

Katrin Lompscher · Senatorin für Stadtentwicklung
und Wohnen (Die Linke)

Ramona Pop · Senatorin für Wirtschaft, Energie
und Betriebe (Bündnis '90/Die Grünen)

Jörg Stroedter
Mitglied des Abgeordnetenhauses (SPD)

Mehr Infos unter www.tegel-volkentscheid.de



LIVE!



Mit tollem
Bühnenprogramm,
prominenten Gästen
und guter Musik!

Martin Schulz
Freitag, 22. September 2017
Gendarmenmarkt
Programm ab 17.00 Uhr

ANKÜNDIGUNGEN

POLITISCHER FRÜHSCHOPPEN

10. September 2017 um 10.00 Uhr
zum Thema Innere Sicherheit mit Innensenator Andreas Geisel und Matthias Schmidt (MdB) in der Diwali Spreelounge Alt-Köpenick 10a, 12555 Berlin

BUNDESMINISTERIUM VOR ORT

13. September 2017 um 15.00 Uhr
Matthias Schmidt (MdB) trifft Andrea Nahles (Bundesministerin für Arbeit und Soziales) zum Thema Rente in der Freiheit fünfzehn Freiheit 15, 12555 Berlin

TERMINE

SPRECHSTUNDEN DER SPD-POLITIKER

Lars Düsterhöft
Mitglied des Abgeordnetenhauses für Ober-, Niederschöneeweide und Johannisthal
11., 18. und 25. September 2017
14.30 bis 17.30 Uhr
in der AnsprechBar, Siemensstr. 15, 12459 Berlin

Tom Schreiber
Mitglied des Abgeordnetenhauses für Altstadt/Kietz, Allende-Viertel, Wendenschloss, Müggelheim
19. September 2017
9.30 bis 10.30 Uhr
in der Begegnungsstätte Allende II, Alfred-Randt-Straße 42
27. September 2017,
19.00 bis 20.00 Uhr
Dorflub Müggelheim, Alt-Müggelheim 21

Rainer Hölmer
Bezirksstadtrat
20. September 2017
15.00 bis 17.00 Uhr
im Rathaus Köpenick, Zimmer 165
Bitte vorher tel. anmelden unter 030-90297 2202

Oliver Igel
Bezirksbürgermeister
4. Oktober 2017
15.00 bis 17.00 Uhr
im Rathaus Köpenick, Zimmer 173

IMPRESSUM

Berliner Stadtblatt
Wissenswertes aus Berlin und den Bezirken
(Seite 1 unten, 3, 4, 5, 6)
Herausgeber:
SPD-Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführerin Anett Seltz (V.i.S.d.P.), Müllerstr. 163, 13353 Berlin
Redaktion der Landesseiten:
Christina Bauermeister, David Hiller, Ulrich Horb, Birte Huizing, Gunter Lange, Ulrich Rosenbaum, Josephine Steffen
Spreekurier - Treptow-Köpenick
(Seiten 1 oben und 2)
Herausgeber:
SPD Treptow-Köpenick,
Grünauer Straße 8, 12557 Berlin
Kontakt: buero@spd-tk.de
www.spd-tk.de
V.i.S.d.P.: Oliver Igel (Kreisvorsitzender)
Auflage: 95.000
An dieser Ausgabe haben mitgewirkt:
Oliver Igel, André Rostalski, Gabriele Schmitz, Ralf Thies, Karin Zehrer
Rätseerstellung: Ulrich Schulte Döinghaus
Grafik: Hans Kegel, Charly Hall
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Investitionen für zukünftigen Wohlstand

Deutschland steht wirtschaftlich und finanzpolitisch gut da. Zum vierten Mal hintereinander liegt ein ausgeglichener Haushalt vor. Im letzten Jahr wurden 23 Mrd. Euro Überschuss bei Steuern und Sozialkassen erwirtschaftet.

Es ist gut, dass Deutschland damit in den letzten Jahren seinen Haushalt saniert hat. Ziel war immer, künftigen Generationen weniger finanzielle Schulden zu hinterlassen. Unser Wohlstand soll nicht auf dem Rücken unserer Kinder und Enkel erwirtschaftet werden. Aber keine Schulden aufzunehmen ist allein noch keine Leistung. Auf der anderen Seite müssen wir sehen, dass wir von der Substanz leben. In Deutschland gibt es einen erheblichen Investitionsstau. Der Bundestag

hat im Juni das sogenannte Kooperationsverbot so aufgeweicht, dass der Bund nun die Sanierung von Schulgebäuden mitfinanzieren kann. Gleichzeitig wurden 3,5 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt.

Kaputte Schulen sind auch Schulden

Die Sparpolitik hat auch dazu geführt, dass die Investitionsquote in den Jahren von 1999 bis 2012 deutlich zurückgegangen ist. Zurzeit ist der Wertverfall der öffentlichen Infrastruktur größer als der Wert der Neuinvestitionen. So verfallen Schulen, Straßen und Sportplätze zunehmend. Unser Gemeinwesen lebt aber davon, dass der Staat Angebote finanziert und aufrechterhält. Investieren wir nichts und lassen Infrastruktur verfallen, hinterlassen wir



Matthias Schmidt bei einer Rede im Deutschen Bundestag
Foto: Lars Düsterhöft

nachfolgenden Generationen Schulruinen, zerfurchte Straßen und kaputte Brücken. Wenn wir nachhaltig wirtschaften wollen, müssen wir investieren.

Je länger wir damit warten, desto mehr Verfall werden wir erleben und desto teurer werden die Investitionen in der Zukunft sein.

Wir können es uns nicht leisten, kein Geld auszugeben

Investitionen in Infrastruktur sind zentrale Aufgabe unseres Staates. Darum fordert SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz, eine Investitionspflicht in die Finanzplanung des Bundes aufzunehmen. Wir können es uns nicht leis-

ten, kein Geld für Infrastruktur auszugeben. Wenn wir heute erfolgreich sein wollen, brauchen wir eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur – gute Straßen, stabile Brücken und schnelles Internet. Wenn Deutschland auch weiterhin eine innovative Wirtschaftsnation sein will, müssen wir in die Köpfe unserer Kinder investieren. Denn neue Innovationen entstehen im Internet, in erneuerbaren Energien, moderner Verkehrstechnologie oder in Bereichen, die heute noch nicht erfunden sind. Deutschland wird nicht durch sinkende Löhne konkurrenzfähig, sondern durch die schlauesten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, beste Bildung, lebenslange Weiterbildung und durch sichere Arbeitsplätze in der Industrie, Forschung und Entwicklung.

Fortsetzung von der Titelseite

Treptow-Köpenick muss im Deutschen Bundestag bleiben

„Einen ausführlichen Plausch holen wir gern in einem meiner Büros nach“, tröstet Matthias Schmidt enttäuschte Gastgeber, die ihn ins Haus bitten wollen. Aus dieser Erfahrung freut sich Matthias Schmidt nun auf Einladungen zu „Kuchen-Besuchen“. Die Gastgeber kochen den Kaffee, er bringt den Kuchen – und mehr Zeit – mit.

„Herr Schmidt! Sie kennen ich!“, hört er oft, in der Straßenbahn, beim Bäcker, beim Sport. Ein bunter Hund in Treptow-Köpenick. Über einhundert Bürgersprechstunden hat Matthias Schmidt gehalten. Dazu ungezählte Einzeltermine und rund viertausend Teilnehmer seiner Besucherfahrten und Führungen durch das Reichstagsgebäude. Inter-

essierte Gäste, die sich in seinen thematischen Veranstaltungen und politischen Frühschoppen mit ihm austauschen. Kann man alle Namen und Zusammenhänge in Erinnerung behalten? „Nein“, gesteht er, „aber mit einem Namen und einem Stichwort erkenne ich die meisten wieder.“

Kommunikation per Telefon, Brief, Email, SMS und Social-Media ist unverzichtbar in einem Arbeitsalltag, der zwischen Bundestag und Wahlkreis wechselt.

Dennoch: Persönliche Gesprächstermine sind Matthias Schmidt außerordentlich wichtig: „Nur wenn Sie mir sagen, was Ihnen wichtig ist, kann ich Sie vertreten“, nimmt er manchen Bürgern die Scheu. Andere Gesprächspartner nimmt er

in die Pflicht: „Demokratie heißt mitmachen. Das geht nur zusammen.“ Ehrlich und glaubwürdig. Deswegen schenken ihm viele Menschen im Bezirk ihr Vertrauen. Ein motiviertes Team und viele ehrenamtliche Helfer unterstützen ihn in seiner Arbeit. Für Matthias Schmidt ist es dennoch eine Selbstverständlichkeit, sich persönlich der Anliegen anzunehmen. Der ständige Austausch mit den Menschen in seinem Wahlkreis sei keine zusätzliche Aufgabe, sondern Grundlage und Bestandteil seiner Arbeit. Er bringt es auf den Punkt: „Mein Mandat ist unser Mandat. Und das will ich mit Ihrer Stimme fortsetzen, damit Treptow-Köpenick im Deutschen Bundestag bleibt!“

Parken und reisen

In Treptow-Köpenick soll es künftig mehr so genannte Park-and-ride-Parkplätze geben. Damit sollen Autofahrer ermutigt werden, an S-Bahn-Stationen ihr Auto abzustellen und mit den öffentlichen Ver-

kehrsmitteln weiterfahren. Baustadtrat Rainer Hölmer (SPD) teilte nun mit, dass das Bezirksamt schon seit Jahren bemüht ist, gemeinsam mit dem Senat und Brandenburger Umlandgemeinden, weitere Flächen

dafür einzuplanen. Bisher gibt es am S-Bahnhof Altglienicke 380 Stellplätze und am S-Bahnhof Grünau etwa 100 Stellplätze. Das Bezirksamt will sich für einen weiteren Ausbau engagieren.

Lollapalooza-Schäden werden beseitigt

Das Musikfestival Lollapalooza im September letzten Jahres war eine starke Belastung für den Treptower Park. Die anfangs befürchteten Schäden blieben jedoch aus. Inzwischen wurden Maßnahmen ergriffen, um sämtliche Schäden an den Grünflächen zu beseitigen.

Das Bezirksamt teilte nun mit, dass ein Großteil der Arbeiten bereits erledigt sind und der Veranstalter sämtliche Kosten übernimmt. Die Bürgerinnen und Bürger erfreuen sich bereits seit langem wieder an dem Park. „Dennoch hat das Bezirksamt klargestellt, dass diese Großver-

anstaltung nur einmalig genehmigungsfähig war und nicht erneut genehmigt werden dürfte“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel. Dieses Jahr ist das Festival, das im vergangenen Jahr von 140.000 Menschen besucht wurde, nach Hoppegarten gezogen.

KLARTEXT



Miteinander

Leider höre ich häufiger von Menschen, dass sie sich von der Politik allein gelassen fühlen. Es mag komisch klingen, aber dieses Gefühl hat auch manch ein Politiker. Die Gesellschaft zu gestalten, egal auf welcher Ebene, funktioniert eben nicht allein und nur von einem Einzelnen. In unserem Bezirk – immerhin eine Großstadt mit 260.000 Menschen – lässt sich der Ausbau, der Umbau, die Erneuerung der Infrastruktur nicht allein bewältigen. Auch politisch muss hier Hand in Hand gearbeitet werden, um das Beste für die Stadt, also Treptow-Köpenick, zu erreichen. Als Bezirksbürgermeister bin ich darauf angewiesen, im Senat und bei den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses gute Partner zu haben. Ich habe es auch zu schätzen gelernt, dass diese Unterstützung vom Bund kommen kann. Unsere Mitglieder des Deutschen Bundestages haben Möglichkeiten, für den Bezirk etwas zu erreichen. Matthias Schmidt habe ich als fleißigen Abgeordneten erlebt, der zwar erst 2013 in den Bundestag gewählt worden ist, aber von Anfang an sich darum bemüht hat, die Schalthebel zu finden. Immer wieder hat er das Gespräch gesucht – mit Bürgerinnen und Bürgern an der Haustür, in öffentlichen

Veranstaltungen oder bei Fahrten in den Bundestag, aber eben auch mit mir als Bezirksbürgermeister, um zu erfahren, wo der Schuh drückt und wo Unterstützung notwendig ist. Matthias Schmidt hat mit seiner Beharrlichkeit die Schalter erfolgreich betätigen können. Meine Wünsche als Bezirksbürgermeister wurden erhört. So können wir bilanzieren, dass aufgrund seines Engagements Bundesmittel in Höhe von 4 Millionen Euro in das Strandbad Müggelsee fließen sowie mehr als 2,6 Millionen Euro für die Volkshochschule Baumschulenweg und die zum Gebäudeensemble gehörende Kirche. Und das war noch nicht alles. Schmidt hat Bundesmittel für die Fassadensanierung des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums besorgt sowie für das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit. Lange hätte man dafür stricken müssen. So kann es weitergehen. Es gibt genug zu tun und Ideen, die den Berliner Landeshaushalt und den Bezirkshaushalt entlasten. Wichtig ist, dass das Kooperationsverbot aufgehoben wird, so wie es die SPD fordert. Bisher verhinderte das, dass der Bund im Bildungsbereich der Länder finanziell direkt unterstützt. Wenn das mit dem richtigen Kreuz am Wahltag entschieden wird, dann sehe ich noch mehr Chancen. Ich unterstütze Matthias Schmidt bei der Bundestagswahl und bin überzeugt, dass mit ihm noch weitere Projekte mit Bundesmitteln realisiert werden.

Ihr
Oliver Igel

Es ist Zeit für gerechte Steuern

Starke Schultern tragen mehr als schwache: Die SPD will Klein- und Mittelverdiener entlasten, ganz besonders, wenn sie Kinder haben – egal, ob verheiratet oder alleinerziehend. Hier zwei Beispiele:

Wir entlasten die **ledige Verwaltungsfachangestellte**, die 2.600 Euro brutto verdient. Ihr **Jahreseinkommen beträgt 31.200 Euro**. Sie kann eine jährliche Entlastung in folgender Höhe erwarten:

➤ Entlastung durch die Einkommenssteuer	rund 40 Euro
➤ Entlastung durch den Wegfall des Solidaritätsbeitrags	rund 220 Euro
➤ Entlastung beim GKV-Beitrag	rund 170 Euro
➤ Gesamtentlastung	rund 430 Euro

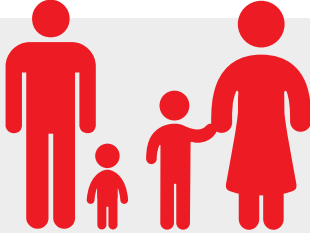
Als Grundlage für den GKV-Beitrag gilt der durchschnittliche Zusatzbeitrag von 1,1 Prozent. Nicht berücksichtigt wurden Änderungen bei den steuerlichen Vorsorgeaufwendungen und sich daraus ergebende mögliche Wechselwirkungen.



Wir entlasten die **Familie**: Die Eltern sind nicht verheiratet. Der Vater verdient als Krankenpfleger monatlich 2.700 Euro brutto. Die Mutter ist angestellt als Malermeisterin und verdient 2.900 Euro brutto. Sie haben **zwei Kinder**, 2 und 5 Jahre alt. Die Eltern haben **getrennte Jahreseinkommen von 32.400 Euro sowie 34.800 Euro**. Gemeinsam haben sie als Familie jedes Jahr mehr Geld zur Verfügung:

➤ Entlastung durch die Einkommenssteuer	rund 120 Euro
➤ Entlastung durch den Wegfall des Solidaritätsbeitrags	rund 290 Euro
➤ Entlastung über den Kinderbonus	600 Euro
➤ Entlastung bei den GKV-Beiträgen	rund 370 Euro
➤ Gesamtentlastung	rund 1.380 Euro

Als Grundlage für den GKV-Beitrag gilt der durchschnittliche Zusatzbeitrag von 1,1 Prozent. Nicht berücksichtigt wurden Änderungen bei den steuerlichen Vorsorgeaufwendungen und sich daraus ergebende mögliche Wechselwirkungen.





Sozialdemokratie und Gewerkschaften wollen mit Steuermitteln Politik gestalten. Wer solche Pläne nicht hat, kann sich bei jedem Mann lieb Kind machen und allgemeine Steuersenkungen versprechen: Das kommt gerade im Wahlkampf gut an, weil jede Bürgerin und jeder Bürger sich vorstellen kann, mit „mehr netto vom Brutto“ schöne Dinge zu kaufen, Wundervolles zu erleben oder die Ratenkredite leichter abzuzahlen.

Wer allerdings gesellschaftlich gestalten möchte, braucht dazu Geld: Mehr soziale Gerechtigkeit kostet. Gerechtigkeit gilt es sowohl bei den Einnahmen herzustellen, als auch bei den Ausgaben:

Einkommen aus Kapital müssen gleich besteuert werden wie Einkommen aus Arbeit. Die pauschale Abgeltungssteuer aus 2009 privilegiert Kapitalerträge und Zinseinkünfte. Das ist ungerecht!

Zusätzliche Arbeit lohnt sich für Menschen mit geringem Einkommen weniger als für gut Verdienende, und für Kinder aus gut situierten Familien gibt es über Steuerfreibeträge mehr Geld als für Kinder aus „Hartz-IV-Familien“, bei denen das Kindergeld auf die Einkünfte angerechnet wird.

Die unverhältnismäßig hohe Progression („Mittelstandsbau“) muss nach oben verschoben werden. Das dient einem gerechteren Tarifverlauf.

Für Erbschaften wurde nicht gearbeitet. Daher fordern DGB und SPD eine Anhebung der Erbschaftsteuer, der DGB darüber hinaus eine Besteuerung sehr hoher Vermögen.

Beide Organisationen wollen eine Finanztransaktionssteuer und einen besseren Steuervollzug.

Die Vorschläge des DGB würden für das Land Berlin und die Bezirke mehr als 2,2 Milliarden Euro mehr bedeuten – davon alleine 1,37 Milliarden Euro aus der Vermögenssteuer.

Doro Zinke, Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg

Mehr Zeit zum Toben, Buddeln, Spaß haben

Warum die Schöneberger Josefine und Till die Familienarbeitszeit wichtig finden

Es ist ein sonniger Tag in Schöneberg. In den kleinen Cafés am Straßenrand sitzen die Menschen bei einem Cappuccino und genießen das Wetter.

Es ist vormittags. Noch ist auf den Spielplätzen wenig los. Man kann sich jedoch genau vorstellen, wie die vielen Kinder hier im Kiez nach der Kita oder Schule auf dem Spielplatz buddeln, toben und klettern. Auch Josefine und Till sind nachmittags viel auf den Kiez-Spielplätzen unterwegs.

Josefine (29) kam zum Studium nach Berlin und ist seitdem geblieben. Mit ihrem Freund Till (29) hat sie zwei Kinder. Casper kam im Herbst 2015 auf die Welt und seine jüngere Schwester Rahel folgte im Sommer 2017.

Für das junge Paar stand von Anfang an fest, dass sie viel Zeit mit ihren Kindern verbringen wollen. Josefines Vater hat in ihrer Kindheit viel gearbeitet und sie sah ihn daher nicht so häufig, wie sie es sich gewünscht hätte. Das Modell, der Vater geht arbeiten und die Mutter bleibt zu Hause und kümmert sich um Haushalt und Kinder, kam für die jungen Eltern nicht infrage.



Josefine und Till mit ihrer Tochter Rahel

Foto: D. Hiller

Seit der Geburt von Rahel bringt Till morgens den kleinen Casper in die Kita. Das Aufwachen mit gleichaltrigen Kindern erachten beide als wichtig. Deshalb haben sie sich bewusst für den frühen Kitabesuch von Casper entschieden. Anschließend kümmert sich Till um Rahel. Währenddessen erledigt Josefine ihre Arbeit für den Bundestag. Nachmittags bringt die Familie gemeinsam ihre Zeit. Sie gehen viel raus zu den Spielplätzen oder machen kleine Ausflüge.

Die jungen Eltern arbeiten beide in Teilzeit. Till ist für die OECD tätig. Wegen der kleinen Rahel befindet er

sich jetzt in Elternzeit. Beide arbeiten von zu Hause aus.

Um mehr Zeit für ihre beiden Kinder zu haben, nimmt das Paar in Kauf, durch die Teilzeitarbeit weniger Geld in der Kasse zu haben. Die SPD möchte, dass Familien, die sich mehr Zeit füreinander nehmen wollen, dies nicht mit einem geringeren Einkommen erkaufen müssen. Die Familien sollen ohne Nachteile selbst wählen können, wie sie ihre Kinder erziehen und den Alltag gestalten wollen. Josefine findet es „absolut richtig, dass die Teilzeitarbeit gesellschaftlich höher gewürdigt wird.“

Die SPD will deshalb Familienarbeitszeit einführen. Bei diesem Modell bekommt jedes Elternteil monatlich 150 Euro als staatlichen Ausgleich, wenn beide Eltern in einem Stundenkorridor zwischen 26 und 36 Stunden pro Woche arbeiten. Die Familienarbeitszeit steht allen offen wie z.B. Regenbogenfamilien und Alleinerziehenden, deren Kinder unter acht Jahre alt sind. Die Förderung läuft über zwei Jahre und kann aufgeteilt werden.

David Hiller

Mehr Informationen unter: www.spd.de/standpunkte/wir-machen-familien-stark

Stichwort: Chancenkonto

Deutschland muss sich besser auf die Zukunft vorbereiten – mit Investitionen in Bildung, schnelle Internetverbindungen, mit der Entlastung von Familien und einem fairen Ausgleich zwischen den Generationen. In einem Zukunftskonzept hat die SPD dazu konkrete Maßnahmen vorgeschlagen. Ein wichtiger Punkt ist die Einrichtung von „Chancenkonten“ für alle Erwerbstätigen. Was das ist, erklärt die SB-Redaktion.

Was ist das Chancenkonto und soll es bekommen?

Das Konto ist die Antwort auf die Veränderungen des Arbeitsmarktes und ein Paradigmenwechsel. Nach individuellem Bedarf können Sie daraus Weiterbildungen finanzieren oder auch einen Start in die Selbständigkeit. So werden die Bürgerinnen und Bürger noch besser darin unterstützt, ihre Erwerbsbiografie selbstbestimmt gestalten zu können. Nach den Plänen der SPD wird es allen Erwerbstätigen zur Verfügung stehen.

Was ist das Chancenkonto wert?

Einen genauen Geldbetrag will die SPD erst nach genauer Prüfung der Haushaltslage festlegen. Modellrechnungen des Bundesministeriums für Arbeit gehen

jedoch von Beträgen zwischen 5.000 und 20.000 Euro aus, die als Einstieg notwendig sind. Das Konto begleitet Erwerbstätige während ihres gesamten Berufslebens. Der volle Betrag steht zur Verfügung, wenn das Berufsleben beginnt. Für bereits Berufstätige wird das Chancenkonto bei seiner Einführung unterschiedlich aufgefüllt sein.

Wer verwaltet das Chancenkonto?

Aus der Bundesagentur für Arbeit will die SPD eine Agentur für Arbeit und Qualifizierung formen, die sich ausdrücklich nicht nur an Arbeitsuchende wendet, sondern hilft, Arbeitslosigkeit schon im Vorfeld durch Weiterbildung und eine Lebenslaufberatung zu verhindern. Diese veränderte Bundesagentur soll die aus Steuermitteln finanzierten Konten verwalten.

Ist so ein Konto überhaupt finanzierbar?

Abgebucht wird vom Chancenkonto bei Bedarf. Die Kosten verteilen sich also über die gesamte Zeit der Erwerbstätigkeit bis hin zum Renteneintritt. Das Konto schafft die nötige Flexibilität und Sicherheit für künftige Veränderungen. Die Finanzierung von Arbeitslosigkeit wird viel teurer.

U. H.

Vorwärts in die Zukunft

Wie die Nachnutzung von Tegel die Stadt verändern wird

In der Lietzenburger Straße in Wilmersdorf, rund 9 Kilometer vom Flughafen Tegel entfernt, sitzen 30 Stadtplaner, Architekten, Projekt- und Bauplaner der Tegel Projekt GmbH zusammen und planen die Nachnutzung des Flughafens Tegel. In einem 3-D-Modell ist das Terminal bereits der neue Campus der Beuth-Hochschule. Und im Industriepark forschen junge Talente an den Stadttechnologien, die die Mobilität revolutionieren. Seit 2012 ist Philipp Bouteiller Geschäftsführer von Tegel Projekt.

Herr Bouteiller, was meinen Sie, wann werden die Berlinerinnen und Berliner in ihrem Alltag erleben, was am neuen Standort für urbane Zukunftstechnologien Tegel entwickelt und erforscht wird?

Das wird sehr bald geschehen! Die Digitalisierung verändert alles rasant. Und um genau diesen Wandel geht es bei unserem Projekt: Zum ersten Mal seit einem Jahrhundert haben wir die Möglichkeit, in vielen Bereichen einen qualitativen Sprung zu machen. Ein Beispiel: Zu-

künftig werden viele Ladepunkte für Elektroautos benötigt. Warum nutzen wir nicht viel stärker die schon vorhandenen Laternenmasten, an denen ja schon Strom anliegt? Berlin TXL soll der Ort sein, an dem so etwas entwickelt, erprobt und – bei Erfolg – dann in die Stadt gebracht wird.

Wie wird Ihrer Meinung nach die Stadt der Zukunft aussehen?

An der bebauten Umwelt wird sich gar nicht so viel ändern. Was sich aber deutlich ändern wird, ist das Straßenbild. Es wird ein stärkeres Nebeneinander von verschiedenen Mobilitätsformen geben, die selbstverständlich emissionsfrei sein werden. Die intelligenten und autonomen Geräte und Fortbewegungsmittel werden in der Lage sein, untereinander zu kommunizieren und so etwa Ampelanlagen überflüssig machen. Denkbar ist auch ein autonom-öffentlicher Nahverkehr: Straßenbahnen, die elektrisch ohne Führer betrieben sind und keine Schienen mehr brauchen.

Das Einzige, was wir dafür



Philipp Bouteiller plant bereits seit 2012 die Zukunft Tegels nach der Schließung des Flughafens.

Foto: C. Bauermeister

brauchen, sind Punkte im öffentlichen Raum, in denen die Sensorik wie WLAN, 5G oder Bluetooth verbaut wird. Dafür bietet sich für mich die Straßenlaterne an, weil sie Strom hat und sowieso schon überall steht.

Das hört sich insgesamt alles ziemlich kostspielig an. Wird die Stadt der Zukunft überhaupt noch für jedermann bezahlbar sein?

Ja, natürlich. Sie wird für die Bürgerinnen und Bürger sogar günstiger und viel effizienter sein als jetzt. Bei-

spielweise werden wir künftig viel weniger Wasser und Strom benötigen bzw. einen größeren Teil davon selbst produzieren. Die Industrie treibt das Thema Smart City sehr stark voran, weil sie hier einen Riesensmarkt sieht. Wir als Stadtplaner und die Politik sehen Smart City unter dem Aspekt eines Mehrwerts für die Bürgerinnen und Bürger. Technologie ist kein Selbstzweck.

Nicht wenige Menschen haben jedoch Angst, dass in Zukunft ihre Arbeitskraft

durch Maschinen ersetzt wird. Was entgegenen Sie diesen Menschen?

Historisch hat jede Phase technologischen Wandels mehr Arbeitsplätze erzeugt als vernichtet! Das war bei der Dampfmaschine so und auch beim Computer. Und wir dürfen nicht vergessen, dass wir hier über strukturelle Veränderungsprozesse reden, die sich über Jahrzehnte hinziehen. Die Elektromobilität wird Verbrennungsmotoren nicht sofort verdrängen und vollautomatisierte Fahrzeuge werden zunächst auch nur in Nischensegmenten eingeführt, bevor sie dann ganz allmählich in andere Bereiche vordringen. In jedem Fall ist es für uns Berliner aber klug, aktiv an diesem Wandel mitzuwirken und ganz gezielt Arbeitsplätze in den neuen Segmenten bei uns anzusiedeln.

Im vergangenen Jahr gab es in einigen Medien Kritik an der in Auftrag gegebenen Studie zum Arbeitsplatz-Potenzial des Technologieparks Tegel. War diese Kritik berechtigt?

Im Kern hat das Team des

renommierten Instituts „empirica“ in der Studie geschaut, wie viele Flächen in welchen Kategorien wir zur Verfügung haben und wo diese liegen. Daraus kann das Potenzial von Beschäftigten errechnet werden, die in Tegel unterkommen können. Das Resultat der Studie war, dass wir am Ende der Entwicklungszeit mit bis zu 20.000 Beschäftigten rechnen können.

Nun haben wir bei der Entwicklung des Technologieparks in Adlershof gesehen, dass die ersten Nutzer eines solchen Geländes in der Regel Unternehmen sind, die wachsen wollen.

Sie ziehen um, weil sie an ihrem alten Standort in Berlin nicht mehr wachsen können. Nur: Ohne den Standort Tegel würden sie womöglich Berlin verlassen. Mit dem Wachstum entstehen in Berlin neue Arbeitsplätze. Wir haben damit doppelt gewonnen – indem wir Arbeitsplätze sichern und gleichzeitig neue hinzugewinnen.

Fragen: C. Bauermeister

Mehr Informationen: www.tegel-volksentscheid.de

„Solidarität ist unsere Triebfeder“

Martin Schulz enthüllt Denkmal für Marie Juchacz

Berlin hat ein neues Denkmal, das überfällig war: Auf der Grünfläche vor dem Mehringplatz in Kreuzberg erinnert eine drei Meter hohe Skulptur aus acht Zentimeter dickem Salzgitter-Stahl an Marie Juchacz (1879 bis 1956). Enthüllt wurde sie vom SPD-Vorsitzenden Martin Schulz.

Die SPD-Politikerin war nach dem Ersten Weltkrieg die erste Frau, die im Reichstag eine Rede halten durfte, nachdem ihre Partei überhaupt erst das Frauenwahlrecht erkämpft hatte. Sie redete nicht nur, sondern handelte und überzeugte die Männer im SPD-Parteivorstand, dass angesichts des Elends, das der Krieg hinterlassen hatte, eine Wohlfahrtsorganisation gegründet werden müsse. So entstand die Arbeiterwohlfahrt (AWO), in der sich auch heute noch Hunderttausende für sozial Schwache engagieren.

Juchacz, eine Krankenpflegerin, war 1906 mit ihren Kindern von Landsberg/Warthe nach Berlin umgezogen, wo sie 1908 der SPD beitrug. Nach der Gründung der Arbeiterwohlfahrt startete sie die Arbeit zunächst



Der SPD-Vorsitzende Martin Schulz und AWO-Präsident Wilhelm Schmidt enthüllen das Denkmal zu Ehren Marie Juchacz’.

Foto: AWO-MJS

in Berlin, schuf Kleidernähtuben, denn die Familien hatten kaum etwas anzuziehen, und Armenküchen. Bald breitete sich die Bewegung auf das gesamte Reichsgebiet aus. Vor den Nazis floh Juchacz bis nach New York, kehrte 1949 nach Berlin zurück. „Ohne diese Frau wäre Deutschland ein anderes Land“, sagte Martin Schulz während der Festveranstaltung zur Denkmaleinweihung und Andreas Geisel, der für den Berliner

Senat sprach, ergänzte: „Ihre Ideale sind auch heute in Berlin vertreten.“

In die Stahlskulptur von Professor Gerd Winner sind das Antlitz von Marie Juchacz und ihre fünf Maxime eingefräst: „Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit, Toleranz, Solidarität.“ Schulz: „Die SPD ist stolz auf diese Frau. Solidarität ist unsere Triebfeder – für die Schwachen einzustehen zum Wohle des Ganzen, wie Marie es formuliert hat.“ U.R.

Regional einkaufen – aber richtig

Wochenmarkt, Gemüsebox, Solidarische Landwirtschaft

Regionale Produkte sind im Trend. Und wie immer in solchen Fällen, sind bald geschäftstüchtige Händler und auch Supermarktketten zur Stelle. Die einen geben hohe Gewinnspannen an die Kundinnen und Kunden weiter, die anderen versuchen die Preise der Produzenten zu drücken. Ergebnis: So recht ein gutes Gewissen hat keiner dabei.

Gut, dass es Alternativen gibt. Die klassische: der Gang zum Wochenmarkt. Aber man muss schon genau hinschauen, ob man hier wirklich Produkte direkt vom Bauern bekommt oder vom Großmarkt. Letztlich ist es eine Frage des Vertrauens. Zuverlässiger sind die Bio-Wochenmärkte. Oder die Direktvermarkter-Stände etwa in der Markthalle Neun in Kreuzberg oder der Arminius-Markthalle in Moabit.

Immer mehr Bauern der Umgebung tun sich zusammen, um ihre Gemüseboxen (die mittlerweile mehr als Gemüse enthalten) direkt zum Kunden zu bringen. Beispiele sind der „Landkorb“ aus Rohrlack (Havelland) oder der Lieferservice des Ökodorfs Brodowin (Ucker-

mark). Die Ware ist frisch und gesund, meist bio.

Wer davon geträumt hat, einmal selber Bauer zu sein, kann sich Initiativen der „Solidarischen Landwirtschaft“ anschließen, die ihre Ernte teilen und wo jeder auf dem Acker mithilft. An Treffpunkten in der Stadt holt man sich dann seinen Ernte-Anteil ab.

Die beste Kombination aus allem bietet die aus Frankreich stammende Initiative „Marktschwärmer“ mit 27 Abholorten in Berlin. Hier bringen die Landwirtinnen und Landwirte sowie

Erzeugern und Erzeugern ihre Produkte selbst hin. Für die Vermarktung zahlen sie eine Servicegebühr. Wer etwas kaufen möchte, trägt sich auf der Webseite www.marktschwaermer.de ein. Dort sieht man, wo der nächste Treffpunkt ist und welche Produzenten dort hinliefern. Man bestellt online vor. Abholen kann man die Ware dann meistens an ein oder zwei Abenden in der Woche. Angenehmer Nebeneffekt: So lernt man auch gleich Produzenten und Gleichgesinnte kennen.

U.R.



Regionalmarkt vor dem Parkwächterhaus am Lietzensee

Foto: David Hoffmann

Der Weltbürger vom Erlenbusch

Für Daniel Barenboim war es eine Geduldsprobe, aber jetzt öffnet „seine“ Staatsoper wieder die Pforten

Der Termin steht: Am 3. Oktober geht in der Staatsoper Unter den Linden nach exakt sieben Jahren aufwändiger Renovierung der Vorhang wieder hoch. Ein Tag, auf den nicht nur die Berlinerinnen und Berliner, sondern Musikkfans aus aller Welt gewartet haben. Denn das einst auf Geheiß Friedrichs des Großen errichtete Opernhaus ist neben der Philharmonie eine der weltweit ersten Adressen für anspruchsvolles Musiktheater. Und das hängt zum guten Teil mit einem Mann zusammen: Daniel Barenboim, seit 25 Jahren Generalmusikdirektor der geschichtsträchtigen Spielstätte. Die Wiedereröffnung ist vor allem „sein“ Tag.

Barenboim, 1942 in Buenos Aires geboren, hat sich zunächst als Pianist einen Namen gemacht. Kaum zu zählen sind seine CD-Einspielungen. Seit 1975 ist er auch als Diri-



Der argentinisch-israelische Pianist Daniel Barenboim wirkt seit 1992 an der Staatsoper Berlin, seit 2000 als Chefdirigent.

Foto: Holger Kettner

gent tätig. Seit 1992 hat er seinen Standort in Berlin, als künstlerischer Leiter und Generalmusikdirektor der Staatsoper und seit 2000 auch als Chefdirigent der Staatskapelle. Auch wenn er immer wieder in allen großen Häu-

sern der Welt auftrat, ist Berlin seine Heimat geworden. Er hat bewiesen, dass Musik für ihn nichts elitäres ist, sondern Kunst fürs Volk. Seit mehr als zehn Jahren strömen die Berlinerinnen und Berliner im Sommer

zum Bebelplatz, wenn Barenboim mit seinen Künstlern Open-Air-Gratiskonzer- te gibt. Auch die populären Waldbühnenkonzerte zeigen, wie wichtig es ihm ist, die Menschen „abzuholen“. Und er hat weitere Zeichen

gesetzt: den Musikkinder- garten, in dem die Kleinen früh an die Musik herange- führt werden. Oder die Ba- renboim-Said-Akademie als neuer Ausbildungsstätte samt dem Boulez-Saal an der Französischen Straße, einem Akustikwunder. Weltweit ist auch der Ruf des von ihm 1999 gegründeten „West- Eastern Divan Orchestra“, in dem junge Israelis und Ara- ber gemeinsam lernen und spielen. Der Jude Barenboim tritt konsequent für Frieden und Versöhnung ein und macht sich damit in Israel nicht immer nur Freunde – wie auch mit dem Mut, mit dem er Musik des Antisemi- ten Wagner in Tel Aviv auf- führte, weil für ihn die Musik über allem steht, was die Menschen trennt. Während der Umbauzeit der Staatsoper hat Barenboim nicht gemurrt, dass das kleinere Schillertheater als Ersatzstandort diene. Im

Gegenteil: Er hat das Beste daraus gemacht, und Auf- führungen wie Henri Pur- cells „König Artus“ im vorigen Jahr wurden welt- weit von der Bismarckstraße übertragen. Zur Unterstüt- zung der kostspieligen Re- novierung konnte Barenboim Sponsoren gewinnen und mit Benefiz-Konzerten, auf denen Spitzenmusiker wie Cecilia Bartoli und Martha Argerich ohne Gage auftra- ten, Gelder einbringen. Bis 2022 läuft sein Vertrag als Staatsopern-Chef. Baren- boim, der Ausnahmemensch, bleibt also weiter ganz Ber- liner und fühlt sich an der Grenze zwischen Dahlem und Steglitz mit seiner Fami- lie derart wohl, dass sein Sohn Michael, ein Geiger, sein mittlerweile weltweit bekanntes Ensemble nach seinem Wohnort in Zehlendor- f benannt hat: „The Er- lenbusch String Quartett“. Ulrich Rosenbaum

Die Mitte Berlins

Zwei neue Bücher beleuchten die Entstehung der Stadt

Von den alten Stadtstruk- turen ist in Berlins histori- scher Mitte heute kaum mehr etwas erkennbar. Das Gebiet rund um Fernsehturm, Rathaus, Marienkirche und Nikolaiviertel hat viele Veränderungen erlitten. Was hier war, ist und sein könn- te, erzählt ein Bildband aus dem Elsengold-Verlag: „Die Mitte Berlins – Geschichte einer Doppelstadt“.

Die Nachbarstädte Berlin und Cölln entstanden im 12. Jahrhundert auf dem Boden längst vergessener slawischer Siedlungen. Das mittelalter- liche Stadtgebiet machte ge- rade einmal 70 Hektar aus – allein der Bezirk Mitte um- fasst heute knapp 4000. In seinem reich mit Plänen, his- torischen Stichen und Fotos ausgestatteten Band erzählt der Historiker Prof. Felix Escher vom Entstehen des Handelsplatzes an der Spree, von selbstbewussten Bür- gern, die allerdings trotz hef- tiger Proteste den Bau des kurfürstlichen Schlosses im 15. Jahrhundert nicht verhin-



Prof. Felix Escher, Die Mitte Berlins – Geschichte einer Doppelstadt, 176 Seiten, ca. 100 Abb., Hardcover mit Schutzumschlag, ISBN 978-3-944594-70-5, € 29,95

dern konnten. Berlins Mitte hatte von dort an eine neue, landesherrschaftliche Funk- tion. Escher berichtet von kur- fürstlichen Festen auf einer ersten Partymeile der Stadt, der Stechbahn, von markan- ten Kirchen und Klöstern, die den zentralen Bereich

prägten, vom Wachstum der Stadt, die nach dem 30-jäh- rigen Krieg gerade noch von 10.000 Menschen bevölkert war; bis zur Entwicklung zur Weltstadt, in der Handel und Gewerbe den Stadtkern be- stimmten. Es folgten Umge- staltungspläne der Nazis, Krieg und schließlich Abriss und Neubau in der DDR-Zeit. 1990 waren noch 39 Gebäu- de aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg erhalten, ganze acht aus der Berliner Restaurationszeit um 1840. Mit der Deutschen Einheit bekam Berlin die zerstörte Mitte zurück, zugleich sorgte die Hauptstadtfunktion für neue Strukturen und Nut- zungen.

Escher beschreibt die De- batten, etwa zum Bau des Humboldt Forums, und die 2015 aus der Bürgerbetei- ligung hervorgegangenen Leitlinien zur Berliner Mitte. Zehntausend Berlinerinnen und Berliner hatten sich be- teiligt - und gegen Verände- rungen gewandt. Sie hätten sich damit, so Eschers Vor- wurf, des „historischen Zen- trums bemächtigt, das allen Berlinern“ gehöre. Wer weitere Eindrücke aus Berlins Mitte sucht, findet sie im ebenfalls bei Elsengold erschienenen Band „Berlin in alten Ansichten“, für den die Kunsthistorikerin Sabine Lata rund 100 historische Ansichten, Stadtsilhouetten und Pläne zusammengetra- gen hat. Ihre detaillierten Beschreibungen zu jedem Bild ordnen die Ansichten künstlerisch, historisch und lokal ein. U.H.

Verstörende Bilder

Foto-Ausstellung: Die Tatorte des NSU



Der Inhaber eines Blumenhandels Enver Şimşek wurde am 9. September 2000 an seinem mobilen Blumenstand bei Nürnberg erschossen. Er war das erste Opfer des NSU.

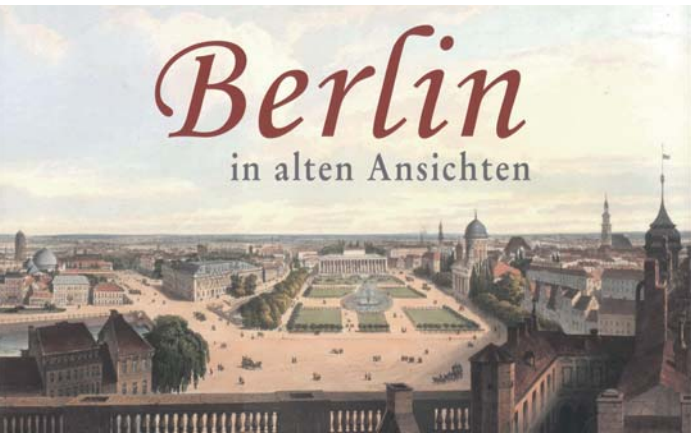
Foto: Regina Schmeken

Es sind Szenen wie von nebenan. Eine Straße in München, ein Ladenge- schäft in Nürnberg, ein Obst- und Gemüsegeschäft mit geschlossenen Rolllä- den in Hamburg, ein Park- platz in Heilbronn, eine Straßenflucht in Köln. Tat- orte von zehn Morden und zwei Sprengstoffanschlä- gen. Es sind Tatorte von Verbrechen des sogenann- ten Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU), über die seit Jahren in München vor dem Oberlandesgericht verhandelt wird Die Fotografin Regina Schmeken hatte im Auftrag der „Süddeutschen Zeitung“ die Tatorte zwischen 2013 und 2016 aufgesucht und fotografiert. Der Martin- Gropius-Bau zeigt diese Fotos in einer vom Militär- historischen Museum kura- tierten Ausstellung.

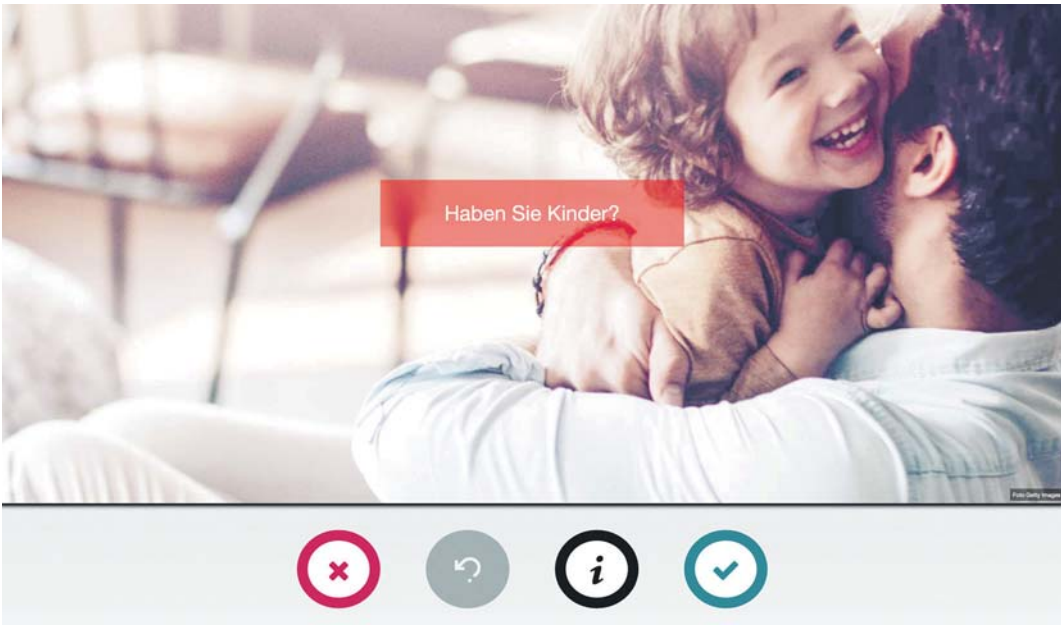
Die Mordopfer waren neun Männer türkischer und grie- chischer Abstammung und eine Polizistin; Schwerver- letzte gab es in Köln. Für Regina Schmeken war es kein normaler Fotoauftrag. Es ging um Tatorte des NSU, um Morde, die feigste und brut- talste Form von Ausgrenzung. Die Fotografin suchte die Tatorte zweimal auf. „Ich bin intuitiv vorgegangen, und es ist eine Gedenkarbeit gewor- den“, sagt sie und markierte die Orte als beispiellose Orte der jüngeren deutschen Ge- schichte. Es sind Bilder ohne Opfer und Täter. Der tiefe Kamerastandpunkt für die Schwarz-Weiß-Fotos zeigt die Tatorte in einer perspek- tivischen Weite, die nichts von den Gewalttaten ahnen lässt. Das verstärkt die verstörende Wirkung der Bilder. Der Historiker Gorch Pieken, Direktor des Militär-

historischen Museums in Dresden, das die Fotos zuerst gezeigt hatte, betont: „Migra- tion war in Deutschland immer ein Normalfall, nicht die Ausnahme“. Für Gereon Sievernich, den Chef des Martin-Gropius-Baus, hat diese Ausstellung eine wei- tere Aufgabe: Sie sei eine Er- mahnung an den Staat, die Hintergründe der Mordserie genauer zu ermitteln. Der Katalog mit allen 80 Foto- grafien und ergänzenden Stel- lungnahmen ist im Hatje Cantz Verlag, Berlin erschie- nen, 132 Seiten, 35 €. Gunter Lange

Blutiger Boden. Die Tatorte des NSU, Fotoausstellung bis 29.10.2017, Martin- Gropius-Bau, Niederkirchnerstraße 7, geöffnet Mi-Mo, 10-19 Uhr, Eintritt: 4 €, ermäßigt 3 €



Sabine Lata, Berlin in alten Ansichten, 208 Seiten, ca. 100 Abb., Hardcover mit Schutzumschlag, ISBN 978-3-944594-73-6, € 29,95



Das individuelle Wahlprogramm in einer Minute: Das geht auf <https://meinprogramm.spd.de>

MEHR PERSONAL FÜR EINE SAUBERE STADT

Mehr Personal für die städtische Müllbeseitigung, eine Ausweitung des Pilotprojekts „Reinigung von ausgewählten Parkanlagen“ und intensiveren Kontrollen. Das sind die Kernforderungen eines Positionspapiers der SPD-Abgeordneten Joschka Langenbrinck, Clara West, Tino Schopf und Franziska Becker.

Für die Umsetzung fordern die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel. Wie in der Stadt Wien sollen gut sichtbare „Waste Watcher“ kontrollieren, ob die Hundekotbeutelpflicht durchgesetzt oder größere Mengen Müll auf der Straße oder in Parks entsorgt wurden, und gegebenenfalls Strafen verhängen. Eine Öffentlichkeitskampagne der BSR soll das Bewusstsein in der

Bevölkerung schärfen, Müllordnungsgemäß zu entsorgen.

INDIVIDUELLES WAHLPROGRAMM IN EINER MINUTE

Die ausführlichen Wahlprogramme der Parteien sind lang und befassen sich in der Regel mit allen gesellschaftlich-relevanten Themen.

Doch wer konkret wissen will, was die SPD in Bezug auf seine persönliche Lebenssituation verbessern will, kann sich auf der Seite <https://meinprogramm.spd.de> in einer Minute sein individuelles Wahlprogramm erstellen lassen.

Dabei werden anhand von mehreren Fragen (wie z. B. „Haben Sie Kinder?“, „Sind Sie unter 30 Jahre alt?“) die Passagen aus dem Programm herausgefiltert, die auf jeweilige individuelle Lebenssituation passen.

ANTWORTEN RUND UM DIE AUSBILDUNG

Wieviel Geld verdiene ich während meiner Ausbildung? Bekomme ich auch Urlaub und wenn ja: wie viele Tage? Darf mir gekündigt werden? Diese und noch viele andere Fragen beantwortet „Dr. Azubi“ auf der Homepage der DGB-Jugend: <http://jugend.dgb.de/ausbildung/beratung/dr-azubi>



Anfang September beginnt das neue Ausbildungsjahr

Foto: Adobe Stock - Ehrenberg Bilder

Wenn Anfang September nach erfolgreicher Stellensuche das neue Ausbildungsjahr beginnt, sollte vor Arbeitsantritt unbedingt der Ausbildungsvertrag vorliegen, geprüft und unterschrieben sein. Darin wird u.a. festgelegt, wie viele Stunden täglich gearbeitet wird, wie lange die Probezeit dauert und welche Ausbildungsmaßnahmen getroffen werden. Die Ausbildungsvergütung wird im Tarifvertrag festgelegt. Sollte nicht nach Tarif bezahlt werden und es beim Verdienst eng werden, kann der Auszubildende bei der Arbeitsagentur Berufsberatung beantragen.

Worauf während der Ausbildung unbedingt zu achten ist: Überstunden und ausbildungsfremde Arbeiten gehören nicht zum Ausbildungsplan, also unbedingt die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes beachten.

Die erste Etappe der Ausbildung ist die Probezeit, also die Bewährungsfrist. Sie dauert ein bis maximal vier

Monate und dient dem gegenseitigen Kennenlernen. Während dieser Zeit können sowohl Azubi als auch Betrieb jederzeit und ohne Begründung das Ausbildungsverhältnis kündigen. Die Kündigung muss jedoch schriftlich erfolgen.

Wenn der Chef die gelbe Karte zeigt und eine Abmahnung ausspricht, wird es ernst: Mit einer Abmahnung gibt der Ausbilder dem Azubi zu verstehen, dass er mit der Leistung oder dem Verhalten nicht zufrieden ist. Eine Faustregel besagt, dass der Kündigung eines Azubis mindestens zwei Abmahnungen vorausgehen müssen. Die Gewerkschaften raten, die Abmahnung genau zu prüfen, eine Gegendarstellung zu verfassen und unbedingt den Betriebsrat um Unterstützung zu bitten.

EINFACHERE ENERGIELABELSKALA

Dank der EU ist bald Schluss mit der irreführenden Energieverbrauchsskala für Elektrogeräte. Seit dem 1. August gilt die neue EU-Energielabel-Verordnung mit einer leicht verständlichen A- bis G-Skala. Die Kennzeichnung A markiert fortan die Bestnote für besonders stromsparende Geräte; G ist die schlechteste Bewertung. Die Kennzeichnung löst die bisherige Unterteilung aus Buchstaben und Plus-Zeichen ab.

Die Rahmenvorgaben werden nun schrittweise auch für die einzelnen Produkte

umgesetzt und konkretisiert. Bis Herbst 2018 werden als erstes die Verordnungen zu Waschmaschinen, Kühlschränken, Geschirrspülern, TV und Monitoren sowie Beleuchtung überarbeitet.

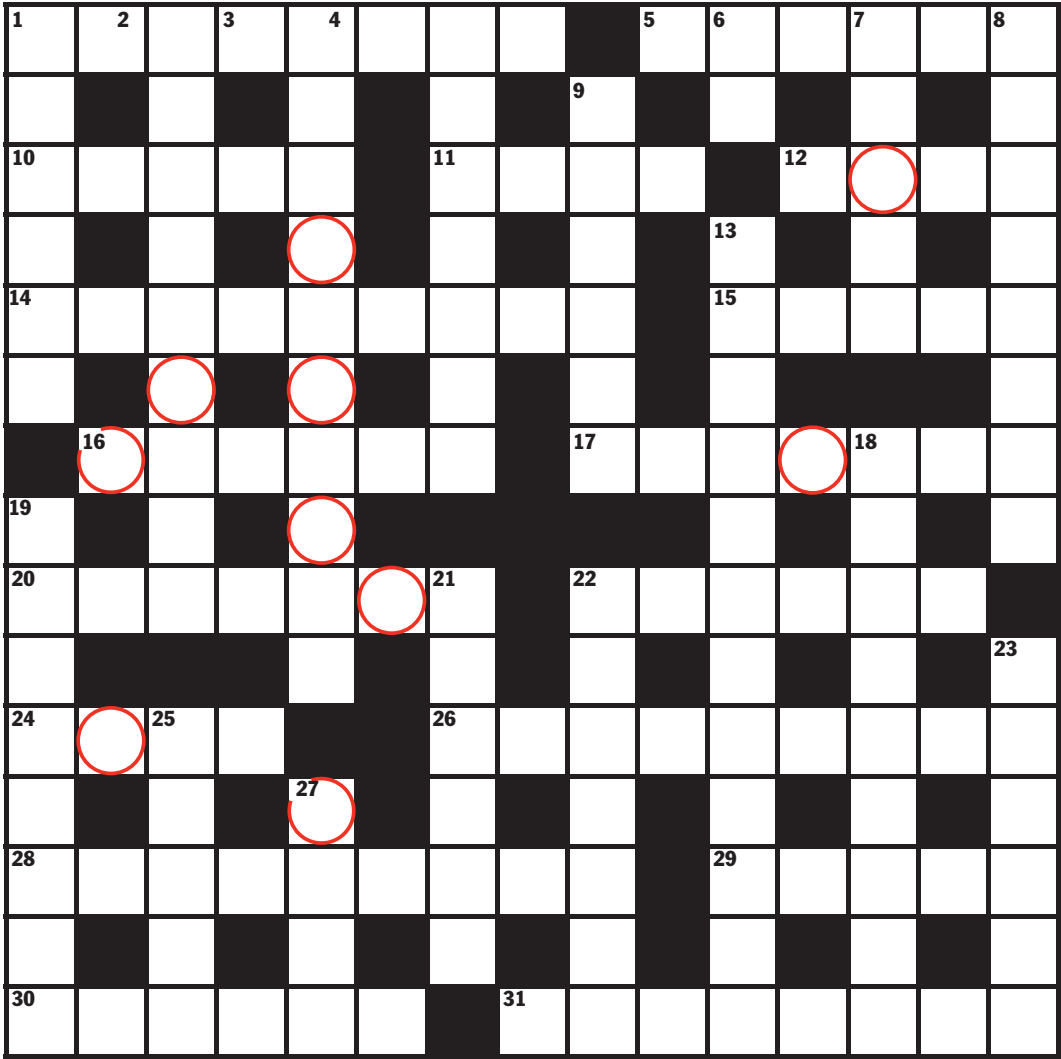


Die Energielabel-Skala wird zukünftig einfacher und verständlicher. Foto: Adobe Stock - MASP

Nach einer Umstellungszeit für die Hersteller von in der Regel einem Jahr werden die neuen Energielabel mit der Skala A bis G für die Verbraucherinnen und Verbraucher ab Ende 2019/Anfang 2020 in den Geschäften sichtbar sein.

Die EU-Kommission verspricht sich von der besseren Kennzeichnung mehr Energieersparnis. Umfragen haben gezeigt, dass 85 Prozent der Europäer beim Kauf auf die Energielabels achten.

Berliner Preisrätsel



ZU GEWINNEN SIND 5 FAMILIENTICKETS FÜR DEN BERLINER ZOO ODER DEN TIERPARK

WAAGERECHT

(Umlaute = 1 Buchstabe)

- 1 42,195. Vorbei am Wilden Eber
- 5 unempfindlich gesichert
- 10 Saat ist ausgebracht
- 11 närrisch
- 12 wenn es sie gäbe, flösse die Knatter hinein
- 14 Stoßzahn des Elefanten
- 15 kostspieliges Liebhaberobjekt
- 16 eine Wiege der Mark Brandenburg
- 17 Tangentenlot
- 20 Frauenvorname ohne i und a
- 22 Experte
- 24 wir Bürger wollen es wissen
- 26 bekannt ist sie in blue
- 28 Rückgriffsschuldner
- 29 touristische Wegstrecke
- 30 erstes Auto aus dem 3-D-Drucker
- 31 ersuchen, höflich verlangen

SENKRECHT

(Umlaute = 1 Buchstabe)

- 1 stößt ab, zieht an
- 2 zerstörerische Verbindung von Eisen und Sauerstoff
- 3 Friedhof
- 4 med. Hilfsmittel
- 6 Vorsicht, kann Fibronil enthalten
- 7 zackzack, ruckzuck
- 8 wer Viecher schätzt, ist ...
- 9 die Zukunft konstruieren
- 13 Sanssouci auf technisch
- 18 steigt zur Dämmerung in die Nase
- 19 Richtung Strand, Wasser, Wellen
- 21 beginnt 2 Tage vor vor der Wahl
- 22 fließt nur im Volksmund durch Kyritz
- 23 heftig schießen
- 25 rank, schlank, dünn
- 27 Einraumwohnung für Gefiederte

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben das zurzeit begehrteste Gebäude Deutschlands.

Bitte schicken Sie dieses Lösungswort auf einer Postkarte bis 22.09.2017 per Post an das Berliner Stadtblatt, Müllerstr. 163, 13353 Berlin oder per E-Mail an raetsel@berliner-stadtblatt.de.

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 5 Familientickets für den Berliner Zoo oder für den Tierpark (bitte Wunsch bei der Einsendung angeben).

DAS LÖSUNGSWORT aus der letzten Ausgabe des Stadtblatts war: **DONNERSTAG.** Die Gewinnerinnen und Gewinner wurden schriftlich benachrichtigt.

Der Bezirkshaushalt für Treptow-Köpenick 2018/2019 – wohin mit dem Geld?

Mit großer Spannung wurde die Vorstellung des Bezirkshaushaltes für die Jahre 2018 und 2019 erwartet. Das Budget des Bezirkes umfasst pro Jahr rund 570 Mio. Euro. Ein großer Teil ist durch Pflichtaufgaben, beispielsweise für die Finanzierung der Kindertagesstättenplätze oder für den Anteil des Bezirkes am ALG II, schon gebunden.

Dennoch wird es uns auch in den kommenden Jahren wieder gelingen eigene Schwerpunkte zu setzen. Großen Wert legen wir dabei auf Investitionen in die Zukunft. So werden wir viele Schulen und Sportstätten im Bezirk sanieren und erweitern. In Adlershof werden wir sogar eine neue Gemeinschaftsschule bauen.

Auch die Vorbereitungen für die Sanierung der Volkshochschule und der Kirche zum Vaterhaus in Baum-

schulweg und des Strandbades Müggelsee laufen auf Hochtouren.

Im Ortsteil Baumschulweg und im Allende-Viertel II bauen wir neue Kiezklubs. Ebenso ist der Neubau zweier Jugendfreizeitanrichtungen geplant, die auf Grund von Schuleigenbedarf ihren alten Standort perspektivisch aufgeben müssen.

Der Musikschule werden wir mehr Mittel für die Festanstellung von Musikschullehrerinnen und Musikschullehrern zur Verfügung stellen. In die Jugendarbeit, die Jugendsozialarbeit und die Familienbildung investieren wir insgesamt 800.000 Euro mehr jährlich. So können die hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Bereichen endlich tariflich bezahlt werden und es wird an vielen Stellen gelingen, auch die Öffnungs-



Foto: Frank Ulbricht / pixelio.de

zeiten wieder auszuweiten.

Zudem arbeiten wir daran, die Terminalsituation in den Bürgerämtern weiter zu verbessern, denn momentan liegt die Wartezeit für einen Termin noch bei zwei bis vier Wochen. In den vergangenen Jahren haben die Bezirksverordnetenversammlung und das Bezirksamt die Kiezkassen erfolg-

reich getestet. Diese Treptow-Köpenicker Art der BürgerInnenbeteiligung bietet die Möglichkeit, vor Ort zu entscheiden, wofür die öffentlichen Mittel eingesetzt werden. Die Mittel für die Kiezkassen werden wir in den kommenden zwei Jahren verdoppeln.

In den Monaten August und September wird der

vorgelegte Bezirkshaushalt in der Bezirksverordnetenversammlung diskutiert. Unsere Bezirksverordneten freuen sich über Eure Vorschläge und Ideen.

Neben dem Bezirkshaushalt haben wir auch die Situation der Mieterinnen und Mieter diskutiert. In Altglienicke soll zukünftig eine Mieterberatung angeboten werden, um zu verhindern, dass Mieterinnen und Mietern auf Grund von Modernisierungsmaßnahmen ihre Wohnung verlieren und umziehen müssen. Die Bezirksverordnetenversammlung beauftragte das Bezirksamt außerdem mit der Erstellung von Informationsmaterial, welches die Möglichkeiten und Grenzen des Milieuschutzes aufzeigt und die Menschen in den Milieuschutzgebieten über das Instrument des Milieuschutzes informiert.

Als SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung setzen wir uns außerdem dafür ein, dass Landesmittel die für die Sanierung unserer bezirklichen Schulen und Sportstätten vorgesehen sind, zukünftig auch direkt vom Bezirk ausgegeben werden können. Der Umweg über den Senat ist zeitaufwendig und wird den Realitäten vor Ort häufig nicht gerecht. Die Treptow-Köpenicker Behörden kennen die Besonderheiten und den Bedarf unseres Bezirkes und sind nach unserer Auffassung deshalb die geeigneten Stellen zur Koordination von Schul- und Sportstätten-sanierungen.

Die Diskussionen um den Bezirkshaushalt 2018/2019 werden intensiv den gesamten September hindurch geführt. Bringen Sie sich gerne mit Ihren Vorschlägen und Wünschen ein!

„Ehe für Alle“ bald auch in Treptow-Köpenick (?)!

Mit dem maßgeblich durch die SPD-Bundestagsfraktion vorangetriebenen Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts vom 20. Juli 2017 können ab dem 1. Oktober 2017 nunmehr Personen gleichen Geschlechts die Ehe miteinander eingehen („Ehe für Alle“) und Lebenspartner auf Antrag ihre Lebenspartnerschaft in eine Ehe umwandeln.

Gab es zuvor dazu unterschiedliche Auffassungen (wenn auch in den bislang im Bundestag vertretenen Parteien zuletzt vornehmlich nur noch in der CDU/CSU), zeichnet sich nunmehr, trotz teilweise geäußelter verfassungsrechtlicher Bedenken nicht ab, wer sich dem noch ernsthaft in den Weg stellen will.

Wichtiger Meilenstein auf dem langen Weg dahin war das unter „Rot/Grün“ eingeführte Lebenspartnerschaftsgesetz, infolge dessen die Rechtsprechung bereits viele rechtliche Benachteiligungen gleichgeschlechtlicher Partnerschaften mangels sachlicher Begründung als verfassungswidrig eingestuft hatte.

Durch die „Ehe für Alle“ werden künftig homosexuelle Partnerschaften rechtlich heterosexuellen Partnerschaften hinsichtlich den sich aus der Ehe ergebenden Rechten und Pflichten gleichgestellt. Vor allem erfahren homosexuelle Partnerschaften durch die „Ehe für Alle“ aber auch endlich die gesellschaftliche Anerkennung, die ihnen zusteht. Denn die wurde ihnen bis dahin nicht nur



Foto: Simone Hainz / pixelio.de

verwehrt, vielmehr wurden homosexuelle Handlungen in der Vergangenheit sogar jahrzehntelang unter Strafe gestellt (und steht eine Entschädigung Betroffener dafür noch immer aus).

Stellt sich nunmehr also die Frage, welche Nachfrage die „Ehe für Alle“ tatsächlich haben wird und ob die Standesämter dieser werden nachkommen können. Laut statistischem Bundesamt lebten im Jahr 2015 bundesweit 94.000 Paare in einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft, davon 43.000 in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. Danach dürfte die daraus resultierende Nachfrage überschaubar und die Belastung der Standesämter, die wie Treptow-Köpenick zur Zeit relativ gut dastehen, zu meistern sein. Aber die Prognose ist derzeit zugegebenermaßen noch ein Blick in die Glaskugel. Denn es ist nicht auszuschließen, dass die Gesetzes Einführung einen gewissen Hype auf die alte Institution Ehe bewirken könnte. Mit Blick auf die Homepage des Standesamtes von Treptow-Köpenick

zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses besteht deshalb noch ein gewisser Anlass zur Sorge, heißt es dort nämlich noch immer: „Gleichgeschlechtliche Ehe: Derzeit ist die Gesetzesänderung noch nicht veröffentlicht. Daher ist auch nicht bekannt wann die Gesetzesänderung für gleichgeschlechtliche Ehen in Kraft tritt (www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/politik-und-verwaltung/aemter/amt-fuer-buergerdienste/standesamt/artikel.35824.php)“.

Wie dem auch sei. Die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung wird jedenfalls aus Anlass der Einführung der „Ehe für Alle“ noch stärker darauf achten, dass die Verwaltung in unserem Bezirk den Wünschen Aller, eine Ehe einzugehen, auch zeitnah nachkommt und hat deshalb bereits am 1. August 2017 eine erste kleine Anfrage gestellt.

Insofern ermuntern wir alle, die sich bereits entschlossen haben: Auf geht's! Bei etwaigen bürokratischen Problemen auf dem Weg ins Eheglück sind wir für Sie da!

In den letzten Wochen haben wir einen noch nie dagewesenen Industrieskandal erlebt. Die Automobilbranche hat über Jahre hinweg Kundinnen und Kunden belogen und betrogen.

Seit 1.1.2008 gilt in Berlin die Umweltzone. Viele Kommunen im ganzen Land haben es in diesen Jahren ähnlich gemacht und Umweltzonen eingeführt. Diese galten lange Zeit als gescheitert. Gerade die Konservativen haben sich lange Zeit auf das Instrument eingeschossen. Verkehrsclubs wegen der mangelnden Wirksamkeit sogar seine Abschaffung gefordert. Heute wissen wir, was lange Zeit ein Grund für den geringen Nutzen war: Die deutsche Automobilbranche hat über Jahre getrickst, die Werte schön gerechnet. Damit konnte die Rechnung nicht aufgehen. Gerade dieselbetriebene Fahrzeuge sind in der Regel besonders umweltschädigend. Nur dank ausgeklügelter Image-Kampagnen hat es die Autobranche in den letzten Jahren Dieselfahrzeuge attraktiv gemacht. Statt Mittel in die Entwicklung moderner Antriebstechnologie und vor allem moderner Speichertechnik zu investieren, haben sie ein ausgeklügeltes Vertuschungssystem aufgebaut.

Die letzten Wochen haben diese Fassade zerstört. Die Autos mit der höchsten Euro-6-Norm halten die Standards nicht ein, die sie versprochen haben. Das bedeutet, dass Menschen – insbesondere in Städten wie Berlin – den Emissionen dieser Fahrzeuge ausge-



Foto: Valentin Blumert

setzt sind. Zahlreiche Studien belegen jedoch, wie gesundheitsschädlich diese sind. Über 10.000 Menschen sterben in der EU jedes Jahr durch mit Stickoxiden verschmutzte Luft. Gerade in Großstädten ist die Belastung besonders hoch.

Gerade die gesundheitlichen Risiken zeigen uns, dass wir jetzt handeln müssen. Zunächst brauchen wir endlich Transparenz bei den Abgastests. Wir brauchen eine verlässliche Übersicht über die wahren Emissionen verschiedener Autos. Es braucht technische Lösungen und Nachrüstung für Kundinnen und Kunden, die sich auf die von der Automobilindustrie vorgegebenen Werte verlassen haben. Zahlen müssen das die Hersteller.

Gleichzeitig müssen wir den Weg für gesunde Verkehrsinfrastruktur legen. Immer mehr Menschen nutzen das Fahrrad als Verkehrsmittel. Dieser Entwicklung müssen wir nachkommen. Vor allem in dem wir für Verkehrssicherheit

sorgen. Gute Radwege sind dafür ein erster, wichtiger Schritt. In Straßen, die von Radfahrerinnen und Radfahrern viel befahren werden, schaffen wir Sicherheit in dem wir Fahrradwege klar kenntlich machen und eventuell nachbessern.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion in der BVV
Treptow-Köpenick
Neue Krugallee 4
12435 Berlin

Kontakt:
buero@spd-fraktion-tk.de
www.spd-fraktion-tk.de

V.i.S.d.P.:
Alexander Freier-Winterwerb
(Fraktionsvorsitzender)

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt:
P. Bahlmann, E. Haußdörfer, A. Freier-Winterwerb, M.O. Ram, A. Rostalski, G. Schmitz, R. Seth, A.-M. Träsnea, D. Wolff

**SCHULSTART IN
TREPTOW-KÖPENICK**

Am 9. September ist es wieder soweit, die Welt der Eltern von ca. 2.000 Treptow-Köpenicker EinschülerInnen verändert sich und die Schulzeit an den 29 staatlichen Grundschulen beginnt.

Es werden wieder festliche Wochenenden mit Schultüte, Freunden und Familie, und auch ich schließe mich dem Glückwunsch an, denn die mindestens zehnjährige Schulzeit wird eine spannende Zeit, in der die Kinder zu Jugendlichen werden.

Bei meinen Schulbesuchen werde ich häufig auf den baulichen Zustand der Schulgebäude angesprochen. Obwohl der Senat in den letzten Jahren ca. 1,2 Milliarden Euro in die Berliner Schulbauten investiert hat, gibt es noch immer viele bauliche Mängel. Durch das Schul- und Sportanlagensanierungsprogramm werden in 2017 im Bezirk fünfzehn Projekte angegangen; größtes Einzelprojekt ist für 645.000 Euro die Sanierung von Fassade, Fenstern und Türen für die Schule am Altglienicker Wasserturm. Zudem setze ich mich dafür ein, dass die Grundschule am Pegasuseck dringend saniert wird und in ein Investitionsprogramm aufgenommen wird. Ebenso haben wir beschlossen, dass der große Schulneubau, der voraussichtlich 60 Mio. Euro kosten wird, in Adlershof (Grund- und Oberschule) eine Gemeinschaftsschule werden soll. Auch hat der Bezirk in seinem Haushaltsentwurf den Schwerpunkt auf Bildung und Schule gelegt: durch mehr Mittel für den Erhalt, Ausbau und die Sanierung unserer Einrichtungen.

Der Anteil an EinschülerInnen im ganzen Bezirk steigt in den nächsten Jahren deutlich an, am höchsten ist er in Altglienick. Der Schulbau und die -sanierung sind damit die wichtigsten Aufgaben im Land Berlin. Aber ohne qualifizierte Lehrkräfte sowie ErzieherInnen ist keine gute Schule zu machen. Aufgrund der steigenden Schülerzahlen, des Generationswechsels in den Kollegien sowie der Einführung der Altersermäßigung werden zahlreiche Neueinstellungen nötig sein. Deshalb stehen im Berliner Haushaltsentwurf vielfältige Maßnahmen, um weiterhin die qualitätsvolle Ausbildung in unseren Schulen sicherzustellen. Dazu gehört u.a. die A13/E13-Bezahlung der Grundschullehrkräfte.

In einem modernen Schulhaus, mit neugierigen KlassenkameradInnen sowie netten LehrerInnen und guter Ausstattung werden die Schultage wie im Flug vergehen und viele „schlaue Füchse“ in Treptow-Köpenick lernen können.

*Ellen Haufsdörfer,
schulpolitische Sprecherin*

Verunsicherung am Müggelsee

Dialog des Bezirksbürgermeisters Oliver Igel mit den Betroffenen

Bei der Debatte über die Unterschutzstellung von Müggelsee und Uferbereichen als Landschafts- oder Naturschutzgebiet herrscht Verunsicherung bei all denjenigen, die den See nutzen: seien es Wassersportler, private Anlieger oder Wirtschaftsunternehmen wie Bootshäuser. Wettkämpfe, Training, Veranstaltungen oder die schlichte Freizeitgestaltung – all das schien und scheint in Gefahr.

Kommt der Mensch nicht mehr zur Natur im Namen des Naturschutzes? Aus Verunsicherung wächst Protest, dem nur mit Beteiligung und Informationen begegnet werden kann. Das ist nicht immer gelungen. Inzwischen ist die Unterschutzstellungsverordnung in Kraft – und das nächste Thema droht bereits zu explodieren: Die Steganlagenkonzeption wird erarbeitet und es besteht Verunsicherung: wird mein Steg weiter bestehen dürfen und wenn ja: wie lange?

Die Menschen rund um den Müggelsee lieben die Natur und erholen sich hier in dem Wissen darum, dass



Foto: SPD-Fraktion Treptow-Köpenick

genau diese Landschaft mit Tier- und Pflanzenwelt erhalten bleiben muss. Niemand will Mensch gegen Natur gegeneinander ausspielen. Aber das Gefühl ist verbreitet, dass der Mensch als Wassersportler, Erholungssuchender oder Bewohner zurückgedrängt werden soll. Das wurde in einer Gesprächsrunde beim Rahnsdorfer Segelverein auf Einladung des Bezirksbürgermeisters Oliver Igel deutlich. Die Angst geht insbesondere auf den Inseln Dreibock, Kelchseecke und Entenwall um. Die Inseln sind nur über Stege erreichbar. Fallen die Stege weg, sind die Inseln für den Men-

schen nicht mehr zu betreten. Das Misstrauen sitzt tief, dass hinter Unterschutzstellung des Müggelsees und neuer Steganlagenkonzeption genau das am Ende das Ergebnis sein könnte. Und dagegen kämpfen die Insulaner an.

Ein großer Kritikpunkt ist die mangelnde Information. Die Beteiligung an offiziellen Gesprächsrunden muss erkämpft werden und wird häufig nicht oder nur halbherzig umgesetzt. Zuständig sind die Senatsumweltverwaltung und das bezirkliche Umweltamt. Das eine Haus wird von Grünen geführt, das andere auf Bezirksebene von der AfD. Transparenz

und Bürgerbeteiligung wird in beiden Fällen in der Praxis nicht bemerkt. Und so besteht die Befürchtung, im Hintergrund werde statt einer Steganlagenkonzeption eine „Rückbaukonzeption“ erarbeitet. Wer Auskünfte beim Umweltamt haben will und eher bürgerunfreundliche Antworten erntet, wird mit der Empfehlung quittiert, man könne doch klagen. Das wiederum ist eine Kapitulation aller Beteiligten. Ziel muss es sein, bestehende Stege zu erhalten und den Nutzerinnen und Nutzern Sicherheit zu geben.

Dazu Dunja Wolff, umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Treptow Köpenick, aus dem Ausschuss für Umwelt, Natur und Grünflächen vom 25.07.2017: „Insbesondere in den letzten Monaten zeigte sich der zuständige Bezirksstadtrat Herr Geschanowski (AfD) kompromisslos und undemokratisch. Daher wurde auf Initiative der SPD-Fraktion ein Antrag, mit der Empfehlung die Betroffenen endlich am Steganlagenkonzept zu beteiligen beschlossen. In der Diskussi-

on wurde der Umweltstadtrat Geschanowski klar in die Verantwortung genommen. Er muss der Vereinbarung zwischen der Senatsumweltverwaltung und Bezirksbürgermeister Oliver Igel, die eine Beteiligung und Mitwirkung von den Betroffenen am Steganlagenkonzept von Beginn an vorsieht, endlich nachkommen.

Der Erhalt der Bestandsstege und des Status als Bundeswasserstraße, die zwingende Gremienbeteiligung von Betroffenenvertretern sowie gesetzliche Klarstellungen sind wichtige Anliegen, die von der SPD-Fraktion in den kommenden Monaten mit ihren politischen Möglichkeiten diskutiert werden.“

Der Dialog muss fortgesetzt und im Sommer nächsten Jahres soll diese öffentliche Veranstaltung wiederholt werden, um zu sehen, ob Vertrauen zurückgewonnen und mehr Sicherheit für alle diejenigen erreicht werden konnte, die Natur und Umwelt des Müggelsees nicht nur lieben, sondern auch aktiv erleben wollen.

Patientenfürsprecher

Ansprechpartner für die Sorgen und Beschwerden von Krankenhauspatienten und deren Angehörigen

In jeder Legislaturperiode benennt die BVV Treptow-Köpenick gemäß den gesetzlichen Vorgaben des Berliner Landeskrankenhausgesetzes (LKG) und des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG) PatientenfürsprecherInnen für die Krankenhäuser unseres Bezirkes.

Diese arbeiten ehrenamtlich und sind Ansprechpartner für die Patienten und ihre Angehörigen für alle Beschwerden und Verbesserungsvorschläge rund um den Krankenhausaufenthalt und die Entlassung. Sie sind Bindeglied und Vermittler zwischen Patient und Krankenhaus und helfen zum Beispiel bei der Eingliederung

nach der Entlassung. Dabei arbeiten sie unabhängig und unterliegen der Schweigepflicht. Egal worum es geht, Unzufriedenheit mit dem Essen oder der Sauberkeit, Probleme mit Ärzten oder Pflegepersonal, lange Wartezeiten auf Behandlungen oder die Frage, wer kümmert sich wie nach meiner Entlassung um mich, niemand braucht Scheu zu haben, Probleme anzusprechen, weil er Sorge hat, danach deswegen irgendwelche Nachteile zu haben.

In unserem Bezirk gibt es 3 PatientenfürsprecherInnen: eine/n für das DRK-Klinikum und zwei für Hedwigs Höhe, eine/n für den somatischen und eine/n für den psychiatrischen Bereich.

Einmal im Jahr geben die Patientenfürsprecher der Bezirksverordnetenversammlung einen Tätigkeitsbericht. Hierbei fällt uns seit Jahren sowohl die geringe Inanspruchnahme als auch die stets als sehr gut beschriebene Zusammenarbeit bei den Problemklärungen und -lösungen zwischen den PatientenfürsprecherInnen, Krankenhausleitung und Qualitätsbeauftragten in beiden Krankenhäusern auf. Ersteres kann verschiedene Gründe haben, zum einen natürlich die hohe Zufriedenheit der Patienten, zum anderen aber auch eine noch nicht ausreichende Bekanntheit der Institution Patientenfürsprecher. Obwohl Flyer zu deren Existenz und Tätig-

keit bereits mit den Aufnahmeunterlagen an jeden Patienten verteilt werden, ist lange noch nicht jedem bewusst, welche Möglichkeit sich hier bietet, auf kleinere oder größere Unstimmigkeiten und Probleme hinzuweisen und somit den eigenen Aufenthalt oder den seiner Angehörigen noch angenehmer und effizienter werden zu lassen, Hilfe zu erhalten oder Fragen beantwortet zu bekommen.

Jahrelang haben Frau Schöttler im DRK-Klinikum, sowie Frau Asmus und Herr Dülge im St.Hedwigskrankenhaus hier hervorragende Arbeit geleistet. Frau Schöttler und Herr Dülge werden ihre Arbeit auch in dieser Legislatur-

periode weiterführen. Frau Asmus, der an dieser Stelle auch für ihre langjährige sehr gute Arbeit und Zusammenarbeit gedankt sei, wird das Ehrenamt nicht fortführen. Leider ist es bisher auch noch nicht gelungen, eine/n Nachfolger/in für den psychiatrischen Bereich in Hedwigshöhe zu finden. Eine erneute Ausschreibung finden Sie bei Interesse auf den Seiten des Bezirksamtes, Bewerbungen sind noch bis zum 30. September möglich. Sie erwartet ein spannendes, verantwortungsvolles Ehrenamt, eine Aufwandsentschädigung und das gute Gefühl, vielen Menschen in einer sensiblen Zeit ihres Lebens helfen zu können.

SPD-Fraktion Treptow-Köpenick nah an der Jugend

Am 18. Juli 2017 hat ein Austausch zwischen VertreterInnen von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen aus dem Bezirk und FachpolitikerInnen für Kinder- und Jugendpolitik der SPD Fraktion in der Villa Offensiv 91 stattgefunden.

Elf Vertreter der freien Kinder- und Jugendarbeit waren dabei. Ziel war es, über die berlinweite T_REST Kampagne, die für eine bessere Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit kämpft, und den Bezirkshaushalt 2018/19 zu reden.



Foto: Valentin Blumert

Ein Ergebnis dieses Austausches ist der Konsens darüber, dass die bezirklichen Mindestausstattungsstandards der Kinder- und Jugendarbeit sowie pädagogische Mittel als oberste Priorität für die kommenden zwei Jahre bei der Finanzierung des Jugendbereichs gesichert werden sollten. Ebenso setzt sich die SPD-Fraktion Treptow-Köpenick weiterhin dafür ein, dass bei den getroffenen Maßnahmen keine Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen geschlossen werden. Denn wir wollen die für uns

alle wertvolle Kinder- und Jugendarbeit nach besten Möglichkeiten unterstützen und perspektivisch ausbauen. Ferner wurde vereinbart, einen halbjährigen Austausch mit den Trägern der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen zu pflegen, um so nah an der lokalen Arbeit zu sein und eine mittel- wie langfristige Strategie gemeinsam zu erarbeiten.

Die SPD Fraktion bedankt sich für die konstruktive Mitarbeit und den gemeinsamen Einsatz für gute Kinder- und Jugendpolitik im Bezirk.